

William S. Schlamm an, er werde „Herrn Brandt als aufrichtigen und entschlossenen Feind der überlieferten, der ‚bürgerlichen‘ Gesellschaft“ behandelnd. Schlamm:

Sofern sich die politische Entwicklung überhaupt berechnen läßt, scheint sie in Deutschland revolutionär, tragisch und vielleicht katastrophal zu werden.

Seitdem sehen Springers Zeitungen — von „BamS“ und „WamS“ über „Die Welt“ bis zur Berliner „BZ“ — Westdeutschland gefährdet, freilich weniger die Demokratie, den Rechtsstaat oder etwa die Liberalität (um deren Erhaltung sie kaum je geangst haben) als vor allem die Gesellschaftsform der Bundesrepublik. Daß das „System der freien Marktwirtschaft“, unter dem Springer selber „Erfolg gehabt“ hat, „das optimale“ sei, ist für den

Konzernherrn ein Glaubenssatz, dem „nur Verbrecher, Narren oder Utopisten“ (Springer) widersprechen können.

Zu den Aberwitzigen oder Kriminellen, die anderer Meinung sind als er, müssen für Springer, sofern er seinen eigenen Zeitungen Glauben schenkt, auch Willy Brandt und die Sozialdemokraten zählen. Denn Bonns „sozialistische Regierung“ (Schlamm) betreibt, so „WamS“-Autor Hans Hellwig am 4. Januar, eine „allzu sozialistische Marktwirtschaft“, „eine neo-liberale Spielart des Sozialismus“. Diese Politik aber widerspricht den neuerdings auch in den Satzungen der Springer AG fixierten Maximen des Konzerns (Grundsatz 4: „Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft“).

Mithin bringt, folgt man den Springer-Autoren, auch die Deutschland- und Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung Gefahren mit sich. In und zwischen den Zeilen der Kommentare wird seit dem Amtsantritt Brandts ständig vor einer Verständigung mit Ost-Berlin gewarnt — offenbar in der Furcht, eine Politik nach dem Motto „Wandel durch Annäherung“ könnte gesellschaftspolitische Wandlungen auch in der Bundesrepublik einleiten.

Eine solche Entwicklung aber mögen die Springer-Blätter nicht hinnehmen. Die „Welt“ am 22. Dezember:

Das sowjetische Operationsprogramm ist schon eine Phase weitergeschaltet, als die schläfrige westliche Öffentlichkeit meint. Es geht in erster Linie um die Zukunft der Bundesrepublik selbst und nicht mehr um die Fixierung der deutschen Teilung... Nun beginnt sich der Angriff auf

„IN SORGE GRÜSST SIE IHR AXEL SPRINGER“

Briefwechsel zwischen Verleger Springer und Kanzleramts-Staatssekretär Bahr

25. Dezember 1969

Lieber Herr Bahr,

als ich während Ihres letzten Besuches in der Kochstraße den Verdacht äußerte, der Kreis um Willy Brandt nehme die Wiedervereinigung nicht mehr ernst, waren Sie entsetzt. Sie widersprachen mit Vehemenz und Emotion. Nun kommt die Nachricht über ein Interview des Kanzlers mit „U. S. News & World Report“ — und all meine Sorgen werden bestätigt.

In dem Interview heißt es unter anderem: „Ich muß zugeben, daß ich aufgehört habe, über Wiedervereinigung zu sprechen. Dieses ‚Wieder‘ war vielleicht nie eine weise Formulierung, weil sie vielen Menschen die Vorstellung vermittelte, damit sei eine Rückkehr zu einem bestimmten Punkt in der Vergangenheit verbunden; entweder zum Reich Bismarcks oder zu einem anderen, weniger erfreulichen Abschnitt in unserer Geschichte.“

Ich finde das ungeheuerlich! Wenn bisher von Wiedervereinigung gesprochen wurde — auch hundertfach laut Archiv von dem damaligen Regierenden Bürgermeister Brandt —, so war damit eine Wiedervereinigung in Freiheit gemeint; also wenn man überhaupt eine Rückkehr in die Vergangenheit mit dieser Forderung verbindet, dann eine Rückkehr zu Weimar. In Wirklichkeit geht es aber um nicht mehr und nicht weniger als um das Festhalten an einem Kernsatz des deutschen Grundgesetzes. Soll auch das heute schon nicht mehr gelten? Es ist in Kraft.

Daß dem Kanzler eine Rückkehr zu Bismarcks Reich nicht wünschenswert erscheint, sei hingenommen. Aber solchen Bürgern, die in der realen Umwelt von Nationalstaaten einen deutschen Staat für allein möglich halten, zu bescheinigen, sie wollten heim ins

Reich, ist eine Herausforderung, die nur ungewollt sein kann.

Wie und wo gedenkt im übrigen Herr Brandt West-Berlin in seinem Land Utopia anzusiedeln? Er nennt dies ferne Gebilde „eine Art von Union, die im Interesse der Menschen und des Friedens Lösungen findet“.

Die roten Nachfolger der Braunen jenseits der Mauer haben bereits ihre Lösung gefunden, indem sie Berlin zur Hauptstadt der „DDR“ ernannten, die nun auch bei uns amtlicherseits ohne Anführungsstriche geschrieben werden soll.

Als unser Haus an der Kochstraße eingeweiht wurde, sprach ich die Hoffnung aus, wir sollten wieder eine Nation werden, „friedlich wiedervereint, getragen von jenem Respekt vor den Völkern dieser Erde, der nur die Frucht des richtigverstandenen Selbstrespekts sein kann“. Willy Brandt, der damals mein Gast war, hat nicht nur nicht widersprochen, sondern in seiner eigenen Rede gesagt: „Hier, von diesem Haus aus, kann man das Ganze im Auge behalten. Welch' andere Aufgabe haben wir, als für das Ganze zu sorgen?“

Die Träume Willy Brandts von „veränderten Verhältnissen“, von Kooperation statt Konfrontation sind genau das, nämlich Träume. Die Realität ist anders. Östlich der Mauer und östlich der Elbe wird aus diesem intellektuellen Wunschtraum nur eines herausgelesen werden: „Der SPD-Kanzler hat auf die Wiedervereinigung verzichtet.“ Weil in 25 Jahren nichts geschah? Die Geschichte hat einen langen Atem.

Und in Amerika wird dieses Interview Wasser auf die Mühlen derer sein, die nichts mehr wünschen als ein Disengagement Amerikas auch auf dem europäischen Kontinent. Denn diese Leute werden den Satz von der nicht mehr vordringlichen Wiederver-

einigung mit Aufmerksamkeit lesen. Die spätere Forderung des Kanzlers aber, einseitig keine größeren amerikanischen Truppenreduzierungen in Europa vorzunehmen, als mit dem Wiedervereinigungsverzicht im Widerspruch stehend ablehnen.

Gern hätte ich Ihnen in diesen Tagen ein paar freundliche Zeilen zum Fest gesagt. Nach der Lektüre dieses Interviews aber kann ich nur sagen: Der Kanzler hat ein böses Geschenk unter den Weihnachtsbaum gelegt, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Im Innern wie im Ausland.

Bitte empfinden Sie meinen Vorschlag nicht als unfreundlich, die vor Wochen in der Kochstraße begonnene Diskussion um die Wiedervereinigung nicht fortzusetzen. Ich habe begriffen.

In Sorge grüßt Sie Ihr

gez. Axel Springer



Springer-Briefpartner Bahr
„Es hat geschmerzt“

die inneren Bastionen zu konzentrieren, auf die politische Orientierung der Bundesrepublik, auf ihre Gesellschaftsordnung.

„Bild“ am 20. Januar, einen Tag nach Ulbrichts Ost-Berliner Pressekonferenz („Zwischen den Krupps und den Krauses gibt es keine nationale Einheit“):

Teilungsfachmann Ulbricht will uns noch einmal teilen. In die Krupps und in die Krauses. Obwohl es den Krauses bei uns nur gutgeht, weil es all die Krupps, Nordhoffs und Grundigs gibt... Was eigentlich muß noch geschehen, bis auch die Mischicks und Wehners bei uns begreifen, daß es Ulbricht schon gar nicht um menschliche Erleichterungen, nicht einmal so sehr um die Anerkennung seines Regimes, sondern darum geht, unsere Gesellschaftsordnung umzustürzen?...

Es ist erst wenige Tage her, daß der SPD-Fraktionschef Herbert Wehner eine gemeinsame Deutschland-Politik der im Bundestag vertretenen Parteien für kaum

noch möglich erklärte. Wir meinen: Das Gegenteil ist richtig. So nötig wie heute war eine gemeinsame Plattform aller demokratischen Parteien in der Deutschlandpolitik noch nie.

Sonst bleiben nicht nur die Meiers in Dresden von den Krauses in Düsseldorf getrennt. Wenn tatsächlich eines Tages die Krupps und die Krauses zu Feinden werden, dann hat Ulbricht gesiegt.

Um den mit einer Annäherung an Ost-Berlin drohenden Krach zwischen Krupps und Krauses — gemeint: die Auseinandersetzung über soziale Reformen — zu vermeiden, raten Springers Kommentatoren, auf Annäherungspolitik zu verzichten. „Bild am Sonntag“ (28. Dezember):

Wie Kaninchen auf die Schlange starren die Männer in Bonn auf den Postboten aus Pankow. Warum geben sie nicht zu: Auch wir sind an der Mauer-Politik gescheitert!

Bonn, den 30. Dezember 1969

Lieber Herr Springer,

vor mehreren Jahren schon war bemerkbar, daß das Wort Wiedervereinigung, gerade in seiner englischen Übersetzung, negative Assoziationen weckte. Alle Parteien und die beiden Bundesregierungen vor der jetzigen haben bewußt in ihrem Sprachgebrauch dem Wort von der Selbstbestimmung des deutschen Volkes den Vorzug gegeben; übrigens auch in Übereinstimmung mit der Verfassung, in der das Wort Wiedervereinigung nicht vorkommt.

Ich erinnere mich vieler Gespräche mit Ihnen, in denen wir uns einig waren, daß viele, die das Wort Wiedervereinigung im Munde führen, sie nicht wollen; daß viele davon nur sprechen, weil sie hoffen, daß sie nicht kommt. Das galt und gilt für Landsleute und für ausländische Freunde. Nicht ohne Bewegung habe ich gerade in diesen Tagen in den Erinnerungen Jakob Kaisers von 1945 bis 1949 gelesen.

Als vor einigen Jahren Franz Josef Strauß — erschreckenderweise ungegrüßt — sagte und schrieb, daß die nationalstaatliche Wiedervereinigung kein Ziel sei, habe ich überlegt, ob man nicht die Verfassung bemühen müßte. Ich weiß nicht, ob er damals schon recht gehabt hat. Heute jedenfalls ist die staatliche Einheit der Deutschen nur noch im Rahmen einer Überwindung der Spaltung Europas zu denken, und zwar eines organisierten Zusammenlebens europäischer Völker. Es ist also wohl richtig, daß es ein Zurück nicht gibt, weder zu Bismarck noch zu Weimar, unter anderem, weil die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten nicht zurückzuentwickeln sind zu Faktoren damaliger Größenordnung.

Ich finde es ungeheuerlich, mit welcher Heuchelei einige unserer Landsleute Volksverdummung betreiben oder gar Haß säen, deren Politik uns in 25 Jahren eben dahin gebracht hat, wo wir heute stehen: daß wir von einem

historischen Prozeß sprechen müssen, wie Sie und Herr Brandt es tun.

Wenn Herr Strauß gerade eben erklärt hat, daß es keinen Preis gibt, durch den wir die Wiedervereinigung bekommen könnten, so ist das, mit einer Begründung versehen, doch wohl das gleiche. Das mag allerdings Herrn von Studnitz nicht davon abhalten, in der nächsten „Welt am Sonntag“ Herrn Strauß ob seines Sinnes für Wirklichkeit zu loben. Vielleicht erleben wir ein neues Beispiel tragikomischer deutscher Selbsterfleischung, wenn wir darum streiten, ob man das Wort Wiedervereinigung benutzt oder nicht, obwohl man in der Sache etwa das gleiche denkt. Und was Ziel und Willen angeht, so habe ich über die Heuchelei schon gesprochen.

Von Deutschland zu retten, was zu retten ist, verlangt mehr Mut, mehr Phantasie, mehr Arbeit, eingeschlossen die Bereitschaft, sich verleumden zu lassen, als das Beharren auf einigen großartigen Prinzipien, die nicht verhindert haben, daß Ulbricht immer stärker geworden ist, bis zu dem Punkt, an dem er, vielleicht ohne jede Gegenleistung, international bekommt, was er will. Es kann sogar sein, daß einige Leute bei uns dann diesen Triumph Ulbrichts innenpolitisch mitfeiern, indem sie der Bundesregierung Vorwürfe machen, die sie bekämpft statt unterstützt haben, indem sie die Geschichte als Entschuldigung für ihre Ratlosigkeit und Feigheit für das bemüht haben, was jetzt und in den vor uns liegenden Jahren getan werden muß und kann. Und das wird eben nicht die Wiedervereinigung sein.

Ich weiß, daß Sie zu den nicht sehr Zahlreichen in diesem Land gehören, die an Deutschland denken, deshalb bedauere ich, daß Sie an der falschen Front kämpfen. Aber es hat geschmerzt, daß Sie ungerecht urteilen.

Ich erwidere Ihren sorgenvollen Gruß

Ihr Egon Bahr

Vor dem Hintergrund solcher Kommentare wird deutlich, warum Springer von seinen Redakteuren „das unbedingte Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit“ (Satzung der Springer AG) fordert: Der unablässige Ruf nach einer Wiedervereinigung in jener Freiheit, die Springer meint, dient dazu, die allein möglichen — aber in Springers Augen gefährlichen — kleinen Schritte gen Osten als Verrat an der nationalen Sache brandmarken zu können.

Allerdings: Das Wort „Verrat“, Standard-Vokabel rechtsradikaler Organe wie der „National-Zeitung“, fällt in Springers Blättern nicht. Sie sprechen, um eine Nuance gemäßigter, von „politischem Winterschlußverkauf zu Schleuderpreisen“ und Bonner „Vorleistungseifer“ („Bild“, 2. Dezember), der „Methode, sich vor Ulbricht zu verbeugen“ („Bild“, 3. Januar), von „feigem Opportunismus“ („Bild am Sonntag“, 11. Januar) und von „kniefälligen Ost-Pilgern“, „die sich so gerne gen Moskau-Mekka verneigen“ oder sich gar „in Richtung Osten in den Staub werfen“ („Bild am Sonntag“, 7. Dezember).

Die wirklichen Motive der so als Nationalmasochisten porträtierten Sozial- und Freidemokraten werden zumindest den Lesern der Springerschen Boulevardblätter systematisch vorenthalten. Lesern, die sich ratlos fragen, warum denn nun eigentlich die Bundesregierung „außenpolitischen Strip-tease“ („Bild am Sonntag“) treibe, wird von Springer-Blättern vorsichtig der Gedanke nahegelegt, manche Sozialdemokraten seien vielleicht in Wahrheit Kommunisten.

In der Regel tauchen solche Verdächtigungen in Frage-Form auf — Beispiele:

▷ „Gibt es etwa schon wieder im Bundestag Sozialisten, die Herrn Ulbricht... helfen wollen?“ („Bild“, 20. Januar).

▷ „Will die SPD, die nur groß wurde, weil sie Karl Marx rechts überholte, wirklich immer mehr nach links rutschen?“ („Bild“, 5. Januar).

„Bild“-Leser müssen denn auch wissen, was „Bild“-Chef Boenisch meint, wenn er die „guten Patrioten“ unter den Sozialdemokraten auffordert, endlich zu beweisen, „daß es neben ihnen nicht zu viele Trojanische Pferde gibt“ (4. Januar).

Mißtrauen in die nationale Zuverlässigkeit von SPD und FDP hatten Springers Blätter schon in den ersten Tagen der Regierung Brandt gesät. Die Nachrichten-Präsentation vor allem in Parterre-Publikationen wie „Bild“ und „BZ“ war darauf angelegt, bei den Lesern den Eindruck zu erwecken, der Westen beurteile die sozialliberale Koalition zurückhaltend, der Osten aber lache sich ins Fäustchen.

Beispiel: Unter der Überschrift „So urteilt die Weltpresse über die neue Koalition“ druckte „Bild am Sonntag“ am 5. Oktober zwölf überwiegend unfreundliche oder abwartende Kurz-Zitate aus westlichen Tageszeitungen ab;